

PERSONALVERTRETUNGSWAHLEN IN DER KRISE

von Mag. Peter Korecky

FSG-Vorsitzender-Stellvertreter in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Fulminanter Wahlkampfauftakt, gelungene Veranstaltungen, volle Säle, kämpferische Stimmung, motivierte Kandidatinnen und Kandidaten – es läuft gut, die Organisation klappt und trotzdem zieht sich ein Hauch von Bedrücktheit über den Wahlkampf der FSG. Einer hat es in Worte gefasst: „Der Genosse „Trend“ lässt uns ein bisschen im Stich.“ Und es gehört wirklich zu den Seltsamkeiten der politischen Landschaft, dass genau jene politischen Gruppierungen, die die ganze Welt in die größte Wirtschaftskrise aller Zeiten gestürzt haben, derzeit europaweit Wahlen gewinnen. Jene Gruppierungen, die die neoliberale Politik der Gier, der ungezügelter Gewinnmaximierung, der Deregulierung, Privatisierung und Geschäftemacherei, (wobei in Österreich noch ein gerüttelt Maß an Präpotenz, Freunderlwirtschaft und Dummheit dazukommt), jene also, die uns in die Krise geführt haben, werden gewählt, um sie zu bekämpfen. Der Brandstifter als demokratisch legitimer Feuerwehrmann!

Aber „Wahlzeiten sind Zeiten fokussierter Unintelligenz“ (Zitat: Häupl) und die Krise ist bei uns im öffentlichen Dienst noch gar nicht angekommen. Sie ist angekommen bei den jugendlichen Arbeitslosen, die am Arbeitsmarkt nun keinen Platz finden, sie ist angekommen bei den Kurzarbeitern mit Lohn einbußen, sie ist angekommen bei den kleinen Gewerbetreibenden in den Zulieferbetrieben, sie ist angekommen bei denen, die aus Sorge um die Schwarz-Blauen Pensionskürzungen Privatvorsorge betrieben haben – aber noch nicht bei uns.

Aber ich sage Euch, SIE WIRD KOMMEN!

Die wahnsinnigen Summen, die wir in die Geldinstitute, in die Investmentbranche, in Immobilienfirmen stecken mussten damit sie weiter ihre dubiosen „Geschäfte“ betreiben können - Geldspritzen ohne Bedingungen, ohne Chance auf Wiederkehr, ohne neue Regeln - diese wahnsinnigen Summen werden die Staatsverschuldung von 60 % des BIP auf 84 % des BIP hinauftreiben. Das bedeutet eine jährliche Zinslast von 11 Mrd € und eine immense Budgetproblematik.

Und wer über das Budget spricht, spricht über UNS! – über unsere Einkommen, unsere Gesundheitsvorsorge, unsere Ausbildungsplätze, unsere Sicherheit und unsere Altersvorsorge.

Diese Personalvertretungswahlen entscheiden darüber, wer auf der Arbeitnehmerseite die Kollegenschaft durch diese Krise begleiten soll, wem das Vertrauen gegeben wird, sich **F**air, **S**ozial & **G**erecht schützend vor die Kollegenschaft stellen zu dürfen.

WIE bewältigen wir die Krise?

Dieser bundesweite Wahlgang ist aber auch ein Signal dafür, WIE diese Krise gemeistert werden soll. Über die Bandbreite dieses WIE geben die letzten Jahre ein beredtes historisches Zeugnis: Dazu einige Beispiele:

- * Am Höhepunkt der Schwarz-Blau-Orangen Regierung, im Winter 2004/2005, gab es in Österreich 360.000 Arbeitslose, so viel wie noch nie in unserer Geschichte. Die einzige „Krise“ damals war Schwarz-Blau. Alleine im heurigen Jahr wurden 450.000 neue Jobs vermittelt. Sozialdemokraten haben 1,4 Mrd € für aktive Arbeitsmarktpolitik eingesetzt.
- * Schwarz-Blau-Orange hat ein immenses Lehrstellenproblem geschaffen und mit Verlängerung der Probezeit und Kürzung der Behaltefrist „bekämpft“. Heute haben Jugendliche eine staatliche Ausbildungsgarantie bis 18 und jedem Jugendlichen steht ein Ausbildungsplatz zu.
- * Schwarz-Blau-Orange hat fünf Jahre die Familienbeihilfe eingefroren, die Sozialdemokraten haben die 13. Familienbeihilfe eingeführt.
- * Schwarz-Blau-Orange haben das Müttergeld eingeführt. Sozialdemokraten wissen, dass mit dieser Methode die Frauen aus dem Erwerbsleben gedrängt werden. Alle internationalen Vergleichsstudien belegen, dass nur dort Geburtenraten steigen, wo der Staat bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf helfend eingreift. Die Sozialdemokraten haben daher das Gratiskindergartenjahr eingeführt und erweitern das Angebot von Ganztagschulplätzen.
- * Schwarz-Blau-Orange hat die Rezeptgebühren angehoben, Sozialdemokraten haben sie gedeckelt.
- * Schwarz-Blau-Orange hat das Kilometergeld eingefroren, Sozialdemokraten haben es erhöht.
- * Schwarz-Blau-Orange haben in drei „Reformen“ die staatliche Altersvorsorge um mehr als ein Drittel gekürzt, einen Generationenkonflikt angeheizt und die junge Generation in börsenfinanzierte Privatvorsorge und damit in die Hände der Spekulanten getrieben. Sozialdemokraten haben die ersten Schritte zur Stabilisierung und Verbesserung des staatlichen Pensionssystems gesetzt, indem sie die Hacklerregelung erweitert, bessere Anrechnungsbedingungen und halbe Abschläge im Korridor eingeführt und die Pensionserhöhung 2008 vorgezogen haben.
- * Schwarz-Blau-Orange hat eine Steuer“reform“ für Industrie und Großkapital durchgezogen und sich bis zur Koalitionsauflösung gegen eine Steuerreform für die Arbeitnehmer gewehrt. Sozialdemokraten haben die Steuerreform zur Koalitionsbedingung gemacht und auf 2009 vorgezogen.

* Schwarz-Blau-Orange fährt seit Jahren eine Law-and-Order-Linie dort wo es ihnen passt; also nicht bei der Schwarzarbeit, nicht bei Investmentbetrügern, nicht bei Steuerrückständen und auch nicht bei schelmischen (Ex)Finanzministern und bei amtsmissbrauchenden Innenministern. Aber auch wenn z.B. bei Ausländern das Maul groß AUFgerissen wird, dann, nur dann, wenn es der Wirtschaftslobby nicht schadet. Saisonarbeiter im Tourismus gab es 1998 ganze 3.100, im Jahr 2002 waren es 16.000 (!); Saisonarbeiter in der Landwirtschaft gab es 1998 ganze 6.400, im Jahr 2004 waren es 12.000; gleichzeitig hat Schwarz-Blau die Pensionsversicherungspflicht für Erntehelfer abgeschafft und damit ein beispielloses Lohndumping in diesem Bereich provoziert. Vor Schwarz-Blau wurden jährlich 17.800 Einbürgerungen vorgenommen, während Schwarz-Blau waren es 34.900, heute sind es 10.300.

Auf dem Rücken der Arbeitnehmer.....

Wenn man nun glauben möchte, dass ÖAAB und AUF, die das alles mitgetragen und mitausgepackelt haben, bei so einer Bilanz vor Scham versinken würden, weit gefehlt. Die hässliche Fratze der arbeitnehmerfeindlichen neoliberalen Politik taucht aus dem Schutt, den sie soeben hinterlassen hat, wieder auf.

Da stellt sich der Vizekanzler und Finanzminister dieser Republik hin und redet nicht über Vermögenszuwachssteuer, nicht über Finanztransaktionssteuer, nicht über Abschreibung von Bonuszahlungen als Betriebsausgaben, nicht über Börsenumsatzsteuer, nicht über Erbschaftssteuer, nein, er redet über ein Transferkonto für Sozialtransfers. Sein Problem ist die Umverteilung zu den Klein- und Mittelverdienern.

Natürlich sind die Sozialtransfers umverteilt!

Sie sind umverteilt von den Gesunden zu den Kranken, zu den Pflegebedürftigen, sie sind umverteilt von den Arbeitenden zu den Arbeitslosen, von den Reichen zu den Armen – und wir Sozialdemokraten stehen auch dazu.

Weil das angeblich so progressive Steuersystem ist NICHT umverteilt.

Das liegt unter anderem daran, weil jene, die viel Steuern zahlen müssten, Dank ihrer ÖVP-Lobbys viele legale Steuervermeidungsmöglichkeiten haben. Das liegt im multinationalen Industriebereich an Dingen, wie Gruppenbesteuerung, die zu ganzen Listen multinationaler Großkonzerne führen, die in Österreich Gewinne machen, aber keine Steuern bezahlen.

Das liegt aber vor allem daran, dass die indirekten Steuern für alle gleich sind und die Haushalte der kleineren Einkommensbezieher ungleich höher belasten, als die der Reichen.

Daher ist die einzige Möglichkeit die Menschen von den großen Risiken (Gesundheit, Alter, Arbeitslosigkeit, Bildung, Sicherheit) zu entlasten, der zielgerichtete Einsatz von Sozialtransfers. Das entspräche auch dem christlichen Zugang zur Humanität und tätiger Nächstenliebe.

Aber der Herr Pröll spricht von „Leistungsgerechtigkeit statt Verteilungsgerechtigkeit“. Weiß er überhaupt, was er da sagt? Leistungsgerechtigkeit in der Krankenversicherung heißt, dass der Vollzahler eine volle Blinddarmoperation bekommt und beim schwächeren Zahler die Operation abgebrochen wird, dass der Vollbeschäftigte alle Medikamente bekommt, die er braucht und die Halbbeschäftigte nur für die ersten zwei Wochen im Monat. Leistungsgerechtigkeit heißt, dass die Reichen ein hohes Pflegegeld für die Reichenoma bekommen, der Mittelstand bekommt gerade soviel Pflegegeld, dass der Opa überleben kann und die Armen bekommen gar kein Pflegegeld und der Onkel kann verrecken. Und der christliche Herr Pröll darf das dann alles auf ein transparentes Konto eintragen.

.....tragen Neugebauer, Pröll und FCG die Krise aus

Und was sagt der Herr Neugebauer dazu? „Das Transferkonto ist ein mutiger Vorstoß.“ Diesem „Mut“ wollen Arbeitnehmervertreter etwas entgegensetzen. Der ÖGB hat daher seinem Bundesvorstand eine Resolution vorbereitet, die auf die soziale Schieflage zu Lasten der ArbeitnehmerInnen hinweist, Wirtschaftskammer und Industrie auffordert, auch ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise zu leisten und die Politik für die EU-weit geringste Besteuerungsquote von Vermögen in die Pflicht nimmt.

Diese Resolution wurde auch beschlossen – ABER GEGEN DIE STIMMEN DER FCG!

Der Vorsitzende der FCG, Norbert Schnedl, gleichzeitig Dienstrechtsreferent der GÖD, forderte blauäugig die Arbeitnehmervertreter auf, das Sozialtransferkonto doch als „Chance auf Transparenz“ zu begreifen und teilte uns mit, dass es in der FCG einen Grundsatzbeschluss gegen jede Art von Vermögenssteuer gäbe. Unter diesem Lobgesang auf den Reichtum und die Reichen stimmte dann die gesamte FCG, darunter auch FCG-Personalvertreter, die sich soeben einer Wahl für die ArbeitnehmerInnenvertretung im öffentlichen Dienst stellen, gegen die Resolution und für das Duo Neugebauer/Pröll.

Einspirn und dunsten lassen

Eine Zweite Aussage von Josef Pröll lässt weniger wegen des Inhalts, als wegen der Methode aufhorchen. Über die Frage des Umbaus der verschiedenen Verwaltungsebenen Bund, Länder und Gemeinden zu einem konsistenten österreichischen öffentlichen Dienst ließe sich ja durchaus diskutieren, obwohl der gewählte Ansatz eher zu einer Zentralbürokratie, der Abschaffung der Länder und einer Zerstörung der Republik führen wird. Zur Durchsetzung dieser Forderung aber alle Landeshauptleute so lange einzusperrn, bis sie dem auch nachgeben, klingt eher nach diktatorischem Putsch und der salbungsvolle Vergleich mit päpstlichem weißen Rauch entspannt diese Gewaltphantasie auch nicht. Die Präpotenz in Fleisch und Blut spricht hier im Namen der ÖVP.

Unseren Kärntner Freunden habe ich schon angekündigt, dass wir eine humanitäre Unterstützungsaktion für ihren Landeshauptmann planen müssen. Schließlich ist es für einen Menschen, dem die unabhängige österreichische Rechtsbarkeit zugesteht, dass er rechtlich unbedarft ist, nicht zumutbar, solange eingekerkert zu sein, bis er Dutzende Verfassungsparagraphen reformiert hat.

„Personal vertreten“ statt „Packeln“

Und was sagt der Herr Neugebauer dazu? „Wir treten besser gestern als heute in Dienstrechtsverhandlungen ein.“ Aber wir kennen das ja! Neugebauer am Ballhausplatz vor der großen Pensionsdemonstration als verbaler Kraftlackel für die ArbeitnehmerInnen – Neugebauer und seine ÖAAB/FCG-FreunderIn, als die braven Pfotenheber im Parlament für den Pensionsraub von Schwarz-Blau.
FCG = PSW Paktunfähig-Schlitzohrig-Wortbrüchig

Pensionsreform – siehe oben, wortbrüchig

Hacklerregelung – obwohl die gesamte ÖVP im Parlament zugestimmt hat und klare Aussagen im Regierungsprogramm stehen – wortbrüchig

Studiengebühren – paktunfähig, schlitzohrig
(übrigens hat die FCG mit ihrem Abstimmungsverhalten im ÖGB-Bundesvorstand auch gegen die Solidarität mit den Universitäten gestimmt)

Pensionskasse – versprochen von Schüssel 2004; keine Umsetzung von Schüssel, keine Umsetzung von Molterer. Den jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden jahrelang die Beiträge vorenthalten. Unterschrieben und realisiert haben diese Pensionskasse Doris Bures und Andreas Schieder.

Den Beweis für die Packerlei von ÖAAB/FCG mit der ÖVP-Regierungsmannschaft liefert uns ein Brief aus dem ÖAAB-Lehrerbereich, in dem vom „Stillhalteabkommen bis zur PV-Wahl“ und anderen Übereinkünften die Rede ist.

Wer bei dieser Wahl das Duo Pröll/Neugebauer auch noch mit FCG-Personalvertreter - Kohorten stärkt, für den kommt das dicke Ende nach der Wahl. Auf diese Mischung ist für die Kollegenschaft kein Verlass und schon gar nicht in Zeiten einer Krise, die dann nur und ausschließlich die ArbeitnehmerInnen zahlen werden.

Da sind unsere PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen der FSG ein anderes Kaliber! Die stehen schützend vor und hinter der Kollegenschaft – **Fair, Sozial, Gerecht.**

In einer Aussendung der FSG-LehrerInnen heißt es:

Ob Schmied oder ob Gehrer

Wir kämpfen für die Lehrer

(Natürlich auch für die Lehrerinnen, aber auf 12 Jahre Gehrer reimt sich nichts Gscheits.)

Und das symbolisiert den Auftrag, dem sich alle sozialdemokratischen ArbeitnehmervertreterInnen verpflichtet fühlen, egal ob sie in der Verwaltung, bei der Exekutive, den Lehrern oder dem Militär tätig sind. Wenn das Wort „Leistungsgerechtigkeit“ wohin passt, dann zur täglichen Arbeit unserer Personalvertreter und Personalvertreterinnen für unsere Kollegenschaft. Und wenn es für Leistung Gerechtigkeit gibt, dann ist mir um den Erfolg unserer Kandidatinnen und Kandidaten nicht bang, mit oder ohne dem Genossen „Trend“ werden wir gewinnen.

Glück auf und Venceremos !